

## Digitalisierung und Deregulierung

Trump hält sich trotz verbalen Fehlleistungen seit einem Jahr im Weissen Haus und beschert seinen politischen Freunden grosse Steuergeschenke. In Frankreich zertrümmert Emmanuel Macron die Parteienlandschaft und übernimmt die Amtsgeschäfte im Elysee-Palast. Die Franzosen und Französinen verhindern damit die rechtsextreme Marine Le Pen, handeln sich aber einen neoliberalen Geist ein, der sich sofort gegen soziale Errungenschaften wendet. Deutschland brummt zwar wirtschaftlich, kommt aber politisch nicht vom Fleck. Kanzlerin Angela Merkel ist angeschlagen, ebenso die SPD. Gleichzeitig zieht mit der AfD eine Partei in den Bundestag ein, die Nazi-Gedanken offen zulässt. Das sind beunruhigende Entwicklungen.

In der Schweiz wird die politische Auseinandersetzung pickelhart geführt. Den Bürgerlichen gelingt es nicht, ihre Agenda umzusetzen. Sie scheiterten kläglich bei der Revision der Unternehmenssteuer (USR III) und mussten auch bei der Energiestrategie klein begeben. Umso heftiger - und leider mit Erfolg - bekämpften sie die Altersvorsorge 2020.

Wegen der digitalen Durchdringung der Gesellschaft richtet sich das politische Feld neu aus. Weitgehende Deregulierungen werden verlangt. Technologiekonzerne wollen sich aus der Verantwortung als Unternehmer schleichen (Uber). Arbeitszeiten und Verfügbarkeiten sollen weitgehend flexibilisiert werden. Erinnern wir uns daran, dass der Acht-Stunden-Arbeitstag eine sozialpolitisch junge Errungenschaft ist. Er wurde nach dem Landesstreik von 1918 eingeführt. Meine kritischen Interventionen zur Verfügbarkeit von Mitarbeiterinnen per Mail liessen mich als Maschinenstürmer erscheinen. Das liegt mir fern. Die digitale Kompetenz müssen wir uns unbedingt aneignen. Ich bin aber überzeugt, dass eine klare Trennung von Arbeit und Freizeit nicht nur die Beschäftigten schützt, sondern auch der Wirtschaft zu Gute kommt. Denn ausgeruhte Mitarbeiterinnen leisten mehr als ausgepresste. Weiterhin beschäftigt mich die Krise um den Schweizer Franken. Die Nationalbank hat 2015 falsch gehandelt. Das bestätigt eine Studie, die die Unia gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband Swiss Mechanics in Auftrag gegeben hat.

Bis zu 100'000 Arbeitsplätze hat die Panikattacke von SNB-Präsident Thomas Jordan gekostet, die meisten davon in der Industrie. Zudem schwanden die Margen, sodass die Investitionsrate weiter sank. So wird man nicht fit gemacht für den globalen Wettbewerb, sondern so geht man zugrunde. Wenn nicht bald die Politik erwacht, können wir zusehen, wie der Industrie im Kanton Bern die Luft ausgeht. Unternehmen wie Ammann Langenthal und Meyer Burger in Thun haben 2017 ihre Produktion eingestellt und verlagert. Der starke Franken war ein Argument.

2017 entwickelten wir unsere Volksinitiative „Fairer Wettbewerb“ weiter. Wir wollen zeigen, dass wir die Löhne schützen können, ohne uns gegenüber Europa abschotten zu müssen. Wir wollen auch zeigen, dass wir handlungsfähig sind in einer Zeit, in der wir uns mit Händen und Füssen gegen den Sozialabbau wehren müssen.

Trotz unterschiedlichen Positionen in der Wirtschaftspolitik setzen wir im Kanton Bern auf eine gute Sozialpartnerschaft. Es gibt genug Themen, wo wir gemeinsame Anliegen verfolgen: Ich denke an die gemeinsame Weiterbildung für Fachrichterinnen, die Berufsolympiade SwissSkills in Bern, die Zukunft autonomer Familienausgleichskassen oder geregelte Beziehungen zur EU.

Zum Schluss möchte ich Euch allen danken für Euer Engagement für die Sache der Arbeitnehmerinnen. Ihr seid die Stimmen und Gesichter unserer Bewegung und auf Euch kommt es an.

GKB, 3.11.2018.

GKB > Jahresbericht 2017. GKB, 2018-11-03